

Eltern...) mit einbezogen.

Die Datenbasis ist das Schuljahr 2015/2016 und reicht bis in den Beginn des Schuljahres 2017/2018 hinein. Es ist ein Skandal, dass eine für das Hamburger Schulwesen wichtige Studie verschwiegen oder diskreditiert wird, wie das ein allseits bekannter hoher Funktionsträger aus der Schulbehörde praktiziert, in dem er wider besseres Wissen behauptet, dass die EiBiSch – Studie auf „alten Daten“ basiert.

Aus der Sicht eines Schulpraktikers, der seit Jahren Integration und Inklusion vor Ort mitgestaltet, sind die Tendenzen aus dem Jahre 2016 im Jahr 2019 noch intensiver zu spüren. Statt endlich zu beginnen, eine inklusive Lernkultur zu fördern, werden den falschen bildungspolitischen Entscheidungen der letzten Jahre noch weitere hinzugefügt und der

Inklusion entgegengesetzte Prozesse beschleunigt; neue normorientierte und standardisierte Tests an Grundschulen; mehr verbindliche Lernkontrollen schon ab Klasse 2; noch mehr Standardisierung und Normierung; mehr Kontrolle, Sortierung

*Seit ihrem Erscheinen
werden diese Ergebnisse
links liegen gelassen*

und Vermessung von Kindern; mehr administrative Aufgaben und weniger Zeit, um individuelle Lernwege begleiten und für erfolgreiches Lernen notwendige Beziehungen aufbauen zu können!

Frei nach Albert Einstein ist die Definition von Wahnsinn,

immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.

Der Standardisierung-Mainstream der Hamburger Schulpolitik trägt Züge dieser Definition in sich, denn auf offenkundige Probleme wird immer wieder mit dem Drehen an der Standardisierungsschraube reagiert. Die Ergebnisse bleiben gleich.

Die Auseinandersetzung mit der EiBiSch – Studie könnte eine Richtungsentscheidung hin zu einer anderen inklusiven Bildungspolitik befördern. Die Ergebnisse gehören in die öffentliche Debatte.

Wir in der GEW können mit dafür sorgen, dass sie dort kommuniziert und diskutiert werden!

ULLI MEISTER,
SVEN QUIRING
FG Sonderpädagogik/Inklusion

SCHULABGÄNGER_INNEN 2018

Die Verlorenen

Ernüchterung statt Bewunderung

Wenn man der Schulbehörde und Schulsenator Rabe glauben darf, herrschen in Hamburg geradezu „paradiesische“ Zustände auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Aus der ganzen Welt pilgern Interessierte nach Hamburg, um die Jugendberufsagenturen zu bewundern. Schon ab Klasse 8 werden die Schülerinnen und Schüler auf die Bewerbung für einen Ausbildungsplatz orientiert. Und wer es dann nach Klasse 10 immer noch nicht verstanden hat, der wird in Klasse 11 in der Ausbildungsvorbereitung weiter „orientiert“. Die „Erfolge“ dieser Berufsbildungspolitik müsste der Senat in der ihm eigenen Bescheidenheit eigentlich in die Öffentlichkeit hinausposaunen.

Erstmals in diesem Jahr keine Pressekonferenz und Presseerklärung zur Befragung der Schulabgänger_innen

Tatsächlich hat Schulsenator Rabe in den zurückliegenden Jahren die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung, auch wenn sie äußerst dürftig waren, auf einer eigens dazu einberufenen Pressekonferenz mit einer exklusiven Presseerklärung präsentiert. Auffällig war, dass diese Pressekonferenzen mit einer immer größeren Verzögerung im Schuljahr durchgeführt wurden und dass auf diesen Pressekonferenzen stets eine Besserung in der fernen Zukunft versprochen wurde.

In diesem Jahr hat sich die Schulbehörde nicht nur besonders viel Zeit gelassen, sie hat

sogar erstmals keine eigene Pressekonferenz angesetzt und auch keine Presseerklärung zur Schulabgängerbefragung herausgegeben. Vielmehr hat der Schulsenator einige Daten eher beiläufig am Rande einer Pressekonferenz vom 7. Februar 2019 zu den „Erfolgen“ der „Ausbildungsvorbereitung für Migranten“ erwähnt (auch ein Thema für sich).

Diese ganze Einbettung der Schulabgängerbefragung 2018 muss eine kritische Öffentlichkeit hellhörig machen. Wenn alles gut gelaufen wäre beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung, wäre Schulsenator Rabe nicht derart kleinlaut damit umgegangen. Aus diesem Grund hat die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürger-

schaft eine Schriftliche Kleine Anfrage an den Senat gerichtet (siehe Drucksache 21/16301).

Zur Datenerhebung und Lückenstatistik der Schulabgängerbefragung

Bevor auf die eigentlichen Ergebnisse der Schulabgängerbefragung 2018 eingegangen wird, soll zunächst die Erhebung selbst kurz skizziert werden.

Bei der Schulabgängerbefragung 2018 haben Stadtteilschulen, Privatschulen und die Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) im Sommer 2018 den Verbleib ihrer Schulabgänger_innen aus Klasse 10 erhoben und die Daten an die Schulbehörde übermittelt. Die hat dann ein halbes Jahr gebraucht, um die Zahlen zusammenzuzählen! Insgesamt haben im Jahr 2018 laut Schulbehörde 4.781 Schulabgänger_innen nach Klasse 10 die Schule verlassen. Der überwiegende Teil kam aus den Stadtteilschulen (89,3 Prozent) und nur 4,9 Prozent aus den ReBBZ und 5,8 Prozent aus Privatschulen.

Von einer Schulabgängerbefragung sollte man erwarten, dass sie alle Schulabgänger_innen einbezieht. Tatsächlich erfasst die Schulabgängerbefragung 2018 der Schulbehörde nur die

Schulabgänger_innen aus Klasse 10, nicht aber die aus Klasse 8 und 9. Außerdem werden nur die Schulabgänger*innen aus Stadtteilschulen, Privatschulen und Regionalen Bildungs- und Beratungszentren berücksichtigt, nicht aber die aus den Gymnasien. Was dadurch wegfällt, ist keine Kleinigkeit.

Das muss leider am Beispiel der Schulabgängerbefragung 2017 veranschaulicht werden, denn die Schulbehörde ist bis jetzt (Stand: 27.03.19) nicht in der Lage, Zahlen für die Schulabgänger_innen aus dem Schuljahr 2017/18 vorzulegen. Für die Schulabgängerbefragung 2017 hat die Schulbehörde die Zahl von 5.040 Schulabgänger_innen aus Klasse 10 ausgewiesen. Laut „Hamburger Schulstatistik. Schuljahr 2017/18“ (S. 22) haben indessen 5.402 Schüler_innen nach Klasse 10 die (staatlichen und privaten) Stadtteilschulen und Sonderschulen verlassen. Hinzu kommen 313 Schulabgänger_innen aus Klasse 10 der Gymnasien, 277 aus Klasse 9 und 54 Schulabgänger_innen aus Klasse 8. Über 1.000 Schulentlassene sind mithin in der Schulabgängerbefragung unter den Tisch gefallen. Insofern ist die Schulabgängerbefragung eine Lückenstatistik. Dabei

rühmen sich Schulbehörde und Schulsenator Rabe ständig, dass keine oder keiner „verloren“ gehen solle.

Nun zu den eigentlichen Ergebnissen der Befragung 2018.

Eine Warteschleife (Ausbildungsvorbereitung) ist der wichtigste Ausbildungsgang in Hamburg

Der wichtigste Ausbildungsgang für Hamburger Schulabgänger_innen nach Klasse 10 ist die Ausbildungsvorbereitung und nicht die eigentliche Berufsausbildung. 42,7 Prozent der Schulabgänger_innen sind in dieser Warteschleife gelandet. Erst danach kommt mit 40,2 Prozent die Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, davon für nur 25,3 Prozent die betriebliche Ausbildung. Für 16,9 Prozent der Schulabgänger_innen hat die Schulbehörde „gesicherte und geklärte Verbleibe“ ermittelt. Darunter versteht sie „z. B. Freiwilligendienste, Auslandsaufenthalt oder berufsvorbereitende Maßnahmen der Agentur für Arbeit“, also auch wieder Warteschleifen. So wird in Hamburg mit der Zukunft unserer Jugend umgegangen und auf den ständig beschworenen „Fachkräftemangel“ reagiert.

Seit Einführung der Schulabgängerbefragungen im Jahr 2012 wandern in Hamburg mehr Schulabgänger_innen in die Ausbildungsvorbereitung als in die eigentliche Berufsausbildung. Waren es 2012 noch 38,7 Prozent, so sind es 2018 42,7 Prozent. Der Anteil der Schulabgänger_innen, die in eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf eingemündet sind, bewegt sich seit 2013 zwischen 38,7 Prozent und 40,2 Prozent. Im letzten Jahr waren es 39,4 Prozent. Wenn das so weitergeht, werden die von der SPD versprochenen 100 Prozent in fernen 75 Jahren erreicht werden.

Die von der Schulbehörde

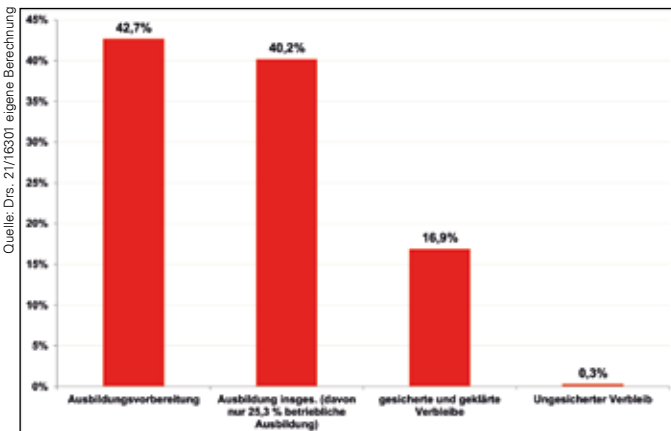


Abbildung 1: Verbleib von Schulabgänger_innen aus Klasse 10 der Stadtteilschulen, Privatschulen und Regionalen Bildungs- und Beratungszentrum, Schulabgängerbefragung 2018 in Hamburg

gern angeführte „Verbesserung“ zwischen 2012 und 2013 von 25,2 Prozent auf 38,7 Prozent ist darauf zurückzuführen, dass seitdem fast alle Schulabgänger_innen erst nach Klasse 10 die Stadteilschule verlassen dürfen. Während 2012 noch gut 1.200 Jugendliche nach Klasse 9 die Stadteilschule verließen, waren es 2013 nur noch gut 100. Offenbar haben Schulsenator Rabe und die Schulbehörde sich aufgrund der schlechten Zahlen für diese Notmaßnahme entschieden, die – ohne didaktisches Konzept – zunächst nichts weiter als eine neue Warteschleife ist.

Unterschiede in der Ausbildungseinstimmung zwischen Schulformen, Bezirken, Stadtteilen, sozialer Lage der Schülerschaft und Schulen

Bei dem zuvor genannten Wert von 40,2 Prozent der Schulabgänger_innen, die einen Ausbildungsplatz gefunden haben, handelt es sich um einen Durchschnittswert für ganz Hamburg. Es gibt nicht unerhebliche Abweichungen von diesem Durchschnittswert je nach Bezirk, Stadtteil, Schule und sozialer Lage der Schülerschaft.

Unterschiede zwischen den Schulformen

Zwischen Privatschulen und Stadteilschulen lässt sich (mit 41,3 bzw. 41,5 Prozent) kein nennenswerter Unterschied in der Ausbildungseinstimmung erkennen, wobei die Stadteilschulen geringfügig vor den Privatschulen liegen. Besonders erschreckend ist der extrem niedrige Anteil von nur 13,5 Prozent (32 von 234) der Schulabgänger_innen aus Regionalen Bildungs- und Beratungszentren, die eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf aufnehmen konnten. Zu fragen ist, warum es der Schulbehörde nicht gelingt, diese Jugendlichen im Berufsbildungswerk Hamburg unterzubringen, das

der Stadt Hamburg gehört. Dort werden behinderte (auch lernbehinderte) Jugendliche in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet.

Unterschiede zwischen den Bezirken

Zwischen den Bezirken lassen sich Unterschiede in der Ausbildungseinstimmung der Schulabgänger_innen feststellen. Relativ gut schneiden Eimsbüttel und Bergedorf, am schlechtesten Hamburg-Mitte und Altona ab. Die Höhe der Ausbildungseinstimmung kann von einer Vielzahl von Faktoren abhängen. Zu nennen sind hier: Branchenstruktur, Betriebsgrößenstruktur, Handwerksbesatz und Rekrutierungsverhalten der Betriebe, konjunkturelle Lage, soziodemographische Merkmale der Bewerberinnen und Bewerber (wie Alter, Geschlecht, Nationalität, Schulabschlüsse und Sozialstatus/Klassenzugehörigkeit) und das Bewerbungsverhalten der Jugendlichen. Welche davon für die Unterschiede verantwortlich sind, kann hier nicht untersucht werden, sondern wäre eine Aufgabe für die Schulbehörde.

Unterschiede zwischen den Stadtteilen

Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen in der Ausbildungseinstimmung sind größer als die zwischen den Bezirken. Schulabgänger_innen aus der Neustadt oder Billstedt haben sehr selten eine Ausbildung aufnehmen können, dagegen aus Langenhorn und Rahlstedt relativ am häufigsten (siehe Abbildung 2;). Zu den Gründen für diese Unterschiede gilt auch hier das zuvor Gesagte für die Bezirke.

Unterschiede nach dem Sozialindex der Schule

Schulabgänger_innen aus Stadteilschulen mit einem höheren Sozialindex konnten eher eine Ausbildung beginnen als

solche aus Stadteilschulen mit einem niedrigen Sozialindex. Der Sozialindex misst die soziale Lage der Schülerschaft einer Schule. Während Schulabgänger_innen aus einer Stadteilschule mit dem niedrigsten Sozialindex 1 (= stark belastete soziale Lage der Schülerschaft) nur zu 31,3 Prozent einen Ausbildungsplatz gefunden haben, sind es bei den Schulabgänger_innen aus Stadteilschulen mit dem Sozialindex 4 (= tendenziell bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft) 48,5 Prozent. Bei Stadteilschulen mit dem Sozialindex 5 (= eher bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft) geht indessen die Einstimmungsquote in Ausbildung wieder etwas zurück auf 43,6 Prozent. Dies liegt vor allem an drei Stadteilschulen, die aus hier nicht zu klärenden Gründen unterdurchschnittlich abgeschnitten haben.

Insgesamt zeigt dies Ergebnis, dass für die Schulabgänger_innen in Hamburg der Start in Ausbildung und Beruf nicht nur durch die schlechte Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt beeinträchtigt ist, sondern darüber hinaus auch von der sozialen Herkunft abhängig ist.

Unterschiede zwischen den Schulen

Je nach Stadteilschule, aus der die Schulabgänger_innen kommen, schwankt der Erfolg beim Übergang von der Schule in Ausbildung zwischen unter 10 Prozent bis über 60 Prozent, in der nur Stadteilschulen mit einer Fallzahl von mehr als 74 Schulabgänger_innen wiedergegeben werden). Insgesamt nimmt die Einstimmungsquote in Ausbildung mit dem Sozialindex der Stadteilschule zu. Aber es gibt auch Ausnahmen. So ist das Ergebnis von 64 Prozent der Stadteilschule Altrahlstedt mit einem Sozialindex von 2 (für eine eher stark belastete soziale Lage der Schülerschaft) ungewöhnlich.

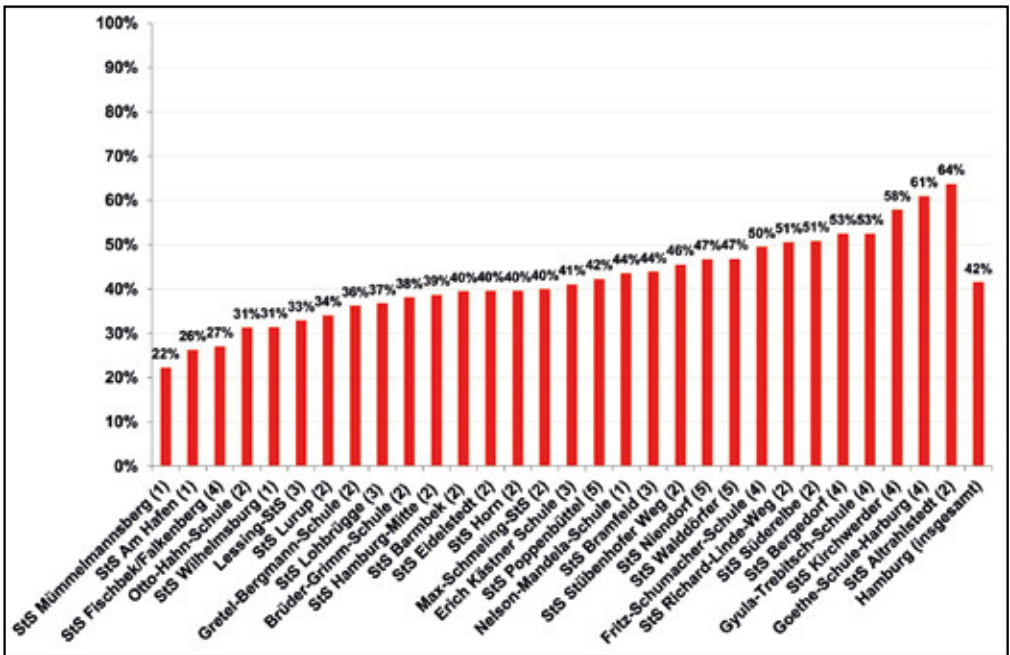


Abbildung 2: Schulabgänger_innen (aus Klasse 10 der Stadtteilschulen), die in eine (schulische oder betriebliche) Ausbildung eingemündet sind, nach der Stadtteilschule; Schulabgängerbefragung 2018 (nur Stadtteilschulen mit einer Fallzahl der Schulabgänger_innen > 74)

Nur zusätzliche (staatliche) Ausbildungsplätze werden den Jugendlichen helfen

Es kommt mithin nicht nur der Sozialindex einer Schule für den Einmündungserfolg der Schulabgänger_innen in Frage. Zuvor sind eine Reihe von Faktoren dafür genannt worden. Wichtig dürften die Branchenstruktur, Betriebsgrößenstruktur, der Handwerksbesatz und das Rekrutierungsverhalten der Betriebe im Einzugsbereich der Schule sein. Von Bedeutung sind sicherlich auch die vielgenannten „Akteure“ vor Ort, die die Schulabgänger_innen unterstützen sollen.

Bevor jetzt aber Schulsenator Rabe und die Schulbehörde die Losung ausgeben, es müssten nur alle es so machen wie die Stadtteilschule Altrahlstedt, sollte man die Grenzen dieser Strategie bedenken. Diese sind durch den Hamburger Ausbildungsmarkt gegeben. In Hamburg bilden nur 16,8 Prozent der Betriebe aus – Tendenz sinkend¹.

Betriebe, die ausbilden, sind also die Ausnahme, nicht die Regel. Über 42,4 Prozent der Auszubildenden gehen an Abiturient_innen – Tendenz steigend². Für Schulabgänger_innen mit erstem oder mittlerem Schulabschluss wird es dadurch tendenziell schwieriger. Es fehlen Ausbildungsplätze. Mit immer mehr Berufsorientierung und immer mehr Vermittlungsaktivitäten der Jugendberufsagenturen werden keine Ausbildungsplätze geschaffen. Insgesamt würde es zu einem Nullsummenspiel kommen. Man löst auch nicht das Wohnungsproblem durch „Wohnorientierung“ und „Wohnungsagenturen“.

Die SPD und Olaf Scholz haben immer wieder versprochen, „dass alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren“ sollen. Das stand 2011 in dem „SPD-Regierungsprogramm für Hamburg“. Übrigens verspricht die SPD dies in ihrem Europa-

wahlprogramm schon wieder, wenn „alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren“ sollen, dann sind dies 100 Prozent. Bisher sind es nur 42,7 Prozent – Tendenz stagnierend.

Der Senat ist mit seiner Berufsbildungspolitik gescheitert. Für unsere Jugend darf der Start ins Berufsleben nicht – so wie für viele bisher – zum Fehlstart werden. Das ist nicht ihre Schuld. Deshalb ist eine Umkehr notwendig. Der Staat muss einspringen und Ausbildungsplätze schaffen. Diese können durch eine überbetriebliche Ausbildungsabgabe finanziert werden, so wie dies in der Altenpflege in Hamburg gilt.

KAY BEIDERWIEDEN

¹ Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.), Tabellen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2018 im Internet, S. 24.
² Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.), Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2018 S. 133.